

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Wie Sie schon im Hauptausschuss vorberaten haben, würden wir damit die Grundsteuer erhöhen – von 420 auf 470 von Hundert. Die Gewerbesteuer bliebe unverändert. Das stelle ich jetzt zur Diskussion.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es ist immer schwierig, Steuern zu erheben. Da muss man sich sehr viele Gedanken machen, ob das wirklich angemessen ist. Wir sehen auch den Vergleich mit anderen Städten, die auch vergleichbar sind, und wir sehen, dass wir noch anheben können, um in diese Bereiche zu kommen.

Aus eigenem Wissen habe ich erst einmal gedacht, das ist ja ganz wenig, wie die Steuer nun erhöht werden soll. Ich persönlich bezahle für meine Wohnung nur wenig Grundsteuer. Inzwischen habe ich diverse Beschwerden von Leuten erhalten, die riesige Grundsteuern bezahlen, aber die haben eben ein Einfamilienhaus mit Garten und so. Es ist trotzdem deutlich überproportional. Das kommt daher, dass es auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage für die Grundsteuer gibt, die völlig uralt ist und längst überarbeitet werden müsste. Es wird immer wieder geplant, das zu ändern, weil dadurch Ungerechtigkeiten erzeugt werden. Bisher hat sich aber noch keine Bundesregierung daran gewagt, diese Grundlage zu ändern, weil dadurch bei vielen größere Beträge – plus oder minus – entstünden. Aber das können wir nicht ändern, wir können nur diesen Prozentsatz herunter- oder heraufsetzen.

Wir tragen ihn aber so mit, auch wenn er an der Grenze dessen ist, was noch verkraftbar ist, zumal diese Steuer auch auf die Mieten umgelegt werden kann.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Es klingt jetzt fast so, als würden wir die Grundsteuer noch einmal erhöhen, denn wir haben das bereits am 26. April 2016 beschlossen, und wir fassen jetzt den Satzungsbeschluss.

Herr Stadtrat Honné hat ein grundsätzliches Thema angesprochen, das die Grundsteuer allgemein betrifft, das sind die Einheitswerte, die maßgebend sind. Die sind auch sehr

unterschiedlich in Ost und West. Warum es noch nicht zu Änderungen gekommen ist, liegt an der Frage: Wer bezahlt die Kosten dieser Erhebung? Wenn man eine neue Grundsteuer haben will, muss man neue Einheitswerte ermitteln. Dafür gibt es die verschiedensten Modelle, die schon seit 10 Jahren zwischen den Ländern hin- und hergeschoben werden, auch weil die Kommunen schon vorher ausrechnen, sie könnten anschließend schlechter dastehen, wenn sie dieser grundsätzlichen Änderung zustimmen. Deshalb ist das ein Hin und Her. Es gibt jetzt einen Versuch, von den Ländern ausgehend, aber es ist ja eine Steuer, die die Kommunen trifft, der Bund hat nichts davon. Es ist aber eine sehr teure Sache, und wenn jetzt entschieden würde, die Grundsteuer und somit die Einheitswerte zu ändern, dann würde das bedeuten: 5 Jahre Ermittlungen der neuen Einheitswerte, weil alle Grundstücke neu bewertet werden müssten. Es wäre auch die Frage zu beantworten, ob man Unterschiede zwischen Zentren wie München und Städten in der ehemaligen DDR machen müsste. Das sind große Probleme, die zu berücksichtigen seien.

Das ist der Grund, warum man hier nicht vorankommt. Für uns aber ist die Sache die, dass wir im Rahmen der Haushaltsstruktur – erster Teil – entschieden haben, die Grundsteuer um 50 Punkte zu erhöhen. Das ziehen wir jetzt durch. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht keinen Grund, davon abzuweichen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Wir lehnen nach wie vor alle Maßnahmen ab, die das Wohnen in Karlsruhe weiter verteuern. Genau das ist das, was wir heute wieder tun, vor einem halben Jahr als Gemeinderatsbeschluss, jetzt als Satzungsbeschluss.

Ständig beklagen wir das Fehlen von Wohnungen, vor allem das Fehlen von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Nichtsdestotrotz erhöhen wir jetzt, und wenn wir das nun über diese 5 Jahre sehen, die Grundsteuer für die nächsten 5 Jahre hier in Karlsruhe um 34 Mio. Euro, d. h., das Wohnen wird in den nächsten 5 Jahren für die Bürger um 34 Mio. Euro teurer. Jedes Jahr sind das rd. 7 Mio. Euro, die die Bürger für ihre Wohnungen mehr bezahlen müssen. Wir glauben nicht, dass das ein guter Schritt für bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe ist. Deshalb werden wir diese unsoziale Maßnahme ablehnen, da sie jeden betrifft, nicht nur denjenigen, dem die Wohnung gehört, sondern auch die Mieter, die in diesen Wohnungen wohnen, unabhängig davon, ob sie viel verdienen oder weniger. Es ist eine unsoziale Maßnahme zur Sanierung des Haushalts, die wir für nicht gerechtfertigt halten. Deswegen lehnen wir sie ab, insbesondere angesichts der Not an bezahlbarem Wohnraum, die wir hier in Karlsruhe haben.

Stadtrat Wenzel (FW): Wie damals, so auch heute sehen wir die Erhebung der Grundsteuer als sehr kritisch an. Mein Vorredner hat es schon angedeutet. Es ist schade, dass ich nach ihm spreche, lieber hätte ich es gesagt. Es ist eine Durchlaufsteuer, die leider jeden betrifft, der in einer Wohnung wohnt, die jeden betrifft, der eine Wohnung hat, und letztendlich machen wir unsere Stadt ein bisschen unattraktiver.

Mit Konsolidierung hat eine solche Erhöhung nichts zu tun. Wir bleiben bei unserer ablehnenden Haltung.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage. – Bei 4 Gegenstimmen ist sie mit großer Mehrheit **angenommen**.

(...)